

Die Optimismusfalle

Etliche Ökonomen sehen in der Anhebung der Mehrwertsteuer auf einmal kein Problem mehr. Diese Zuversicht verheißt nichts Gutes **VON GUSTAV HORN**

Erstaunliches ist zu vermelden. Nach dem geradezu einhelligen Aufschrei von Ökonomen über die anstehende drastische Erhöhung der Mehrwertsteuer ist nunmehr anschwelende Zustimmung zu vernehmen. Einige Professoren behaupten, es werde kein Schaden entstehen, zumindest werde dieser in engen Grenzen bleiben. Die Argumente sind von unterschiedlicher Qualität. Bei genauer Betrachtung zeigt sich aber, auf welch schwachen Beinen dieser Optimismus steht.

Nachweislich falsch ist die Behauptung, die durch die höhere Mehrwertsteuer erzielten zusätzlichen Einnahmen flössen wieder in den Wirtschaftskreislauf zurück. Setzt die Regierung, wovon auszugehen ist, ihre Pläne um, werden zwei Drittel des zusätzlichen Aufkommens zur Haushaltssanierung verwendet. Genau dies war ja auch der offizielle Grund für die Anhebung. Nur der Rest fließt in Form reduzierter Beiträge zur Arbeitslosenversicherung wieder zurück zu Beschäftigten und Unternehmern. Im Ergebnis bleibt eine deutliche Minderung der Realeinkommen.

Auf den ersten Blick tragfähiger ist schon das Argument, wonach der steuerlich induzierte Preisanstieg den Konsum nicht nennenswert reduzieren werde. Richtig ist, dass gesamtwirtschaftlich der Konsum schwächer zurückgehen wird, als die Mehrwertsteuer steigt. Menschen mit sehr niedrigen Einkommen, die ihr gesamtes Einkommen für Mieten und Nahrungsmittel ausgeben, sind von der höheren Mehrwertsteuer nicht betroffen. Mieten sind von der Mehrwertsteuer befreit, und Nahrungsmittel werden mit einem reduzierten Satz besteuert, der nicht angehoben wird. Auch dürften die Bezieher hoher Einkommen in der Lage sein, ihr Konsumniveau weitgehend zu halten, indem sie entsprechend weniger sparen.

Aber was ist mit den vielen Konsumenten dazwischen? In diesen breiten Einkommenssegmenten sind solche Anpassungen nur be-

grenzt möglich. Hier wird es zu einem deutlich reduzierten Konsum kommen. Dies hat sich auch in Portugal gezeigt, wo in ähnlicher Weise wie jetzt in Deutschland versucht wurde, die Haushaltsdefizite über eine drastisch angehobene Mehrwertsteuer zurückzuführen. Resultat: Der Konsum ging massiv zurück, und am Ende stand der Finanzminister auch als Folge der Konjunkturschwäche vor nahezu unverändert hohen Defiziten.

Geradezu abenteuerlich ist eine dritte Argumentation. Zum einen wird behauptet, die Konjunktur-entwicklung sei kräftig genug, die zusätzlichen steuerlichen Belastungen zu verkraften. Zum anderen dürfe die Finanzpolitik sich

Eine rein strukturelle Ausrichtung der Finanzpolitik wird scheitern

ohnehin nicht an kurzfristigen konjunkturpolitischen Überlegungen orientieren, sondern müsse die strukturellen Defizite abbauen. Schon die erste Annahme ist kühn. Bislang geht nur das Ifo-Institut von unverändert hohen Wachstumsraten in diesem und im nächsten Jahr aus. Aber selbst wenn diese sehr optimistische Annahme zuträfe, wäre der Schaden der Mehrwertsteuererhöhung nicht null. Diesen kann man erst ermesen, wenn man das Wachstum ohne höhere Mehrwertsteuer für 2007 errechnet.

Selbst vorsichtige Schätzungen müssten vor dem Hintergrund der jüngsten Zahlen von Werten deutlich über zwei Prozent ausgehen. Ein solcher Aufschwung würde dafür sorgen, dass die Beschäftigung merklich steigt und die Haushaltsdefizite spürbar sinken. Dies zeigt nicht zuletzt der Aufschwung in diesem Jahr, der auch durch die veränderte Ausrichtung der Finanzpolitik entstanden ist.

Stattdessen wird mit der Mehrwertsteuererhöhung das Wachs-

tum 2007 nur im günstigsten Fall ähnlich wie dieses Jahr um zwei Prozent herum schwanken. Unter diesen Umständen wird die Beschäftigung nur im Idealfall noch schwach steigen, wahrscheinlich aber wieder rückläufig sein. Vorfahrt für Arbeit sieht anders aus.

Eine rein strukturelle Ausrichtung der Finanzpolitik ist zum Scheitern verurteilt. Das ist der tiefere Grund, warum der plötzliche Optimismus mancher Wirtschaftsforscher pessimistisch stimmen muss. Denn es besteht ein krasses Missverhältnis zwischen der Vehemenz, mit der insbesondere Mikroökonomien immer wieder eine Ausrichtung an strukturellen Gegebenheiten fordern, und der Fähigkeit der Ökonomie, verlässliche Verfahren zur Unterscheidung von strukturellen und konjunkturellen Phänomenen zu entwickeln. Man erinnere sich nur, dass noch im Frühjahr 2005, als alle Arbeitsmarktreformen schon in Kraft waren, die etablierten Institute das Wachstumspotenzial Deutschlands auf rund ein Prozent senkten. Jetzt, wo das Wachstum kräftiger geworden ist, dürften sie es wieder erhöhen. Schon die Vergangenheit war von zum Teil massiven Korrekturen gekennzeichnet, die wenig Vertrauen in solche Aussagen schafften.

Daher ist es gefährlich, sie zur Grundlage von wirtschaftspolitischen Entscheidungen zu machen und als Argument gegen die Gefahren einer Mehrwertsteuererhöhung zu verwenden. Das Szenario, das sich jetzt abzeichnet, verheißt auch für 2008 nichts Gutes. Wenn im kommenden Jahr die Konjunktur zum Erliegen kommt, werden der Finanzminister und die Sozialkassen ein Jahr später vor neuen alten Haushaltsproblemen stehen. Und dann werden Ökonomen erneut strukturelle Maßnahmen fordern, wenn eigentlich mehr Einsicht in konjunkturelle Zusammenhänge gefordert wäre.

GUSTAV HORN leitet das Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung.